

Volksstimme

Einzelpreis 60.00 L.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfan-
nisch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die
Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 1400.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich
1350.00 Mark. — Anzeigengebühr: Die 10spaltige Monoparzellenspalte 180.00 Mark, auswärts 220.00 Mark, im
Reklameteil Zelle 600.00 Mark, auswärts 750.00 Mark. Verrentalierter Zelle 160.00 Mark. Anzeigenabgabe geht verloren,
wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontofoto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 34.

Magdeburg, Sonnabend den 10. Februar 1923.

34. Jahrgang.

Die neue Wohnungsbaugabgabe.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Abänderung des Wohnungsabgabengesetzes unterbreitet. Dieser Entwurf fordert, daß die Abgabe, ab 1. Januar d. J. von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude und Gebäudeteile, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind, um das 15fache erhöht werden soll. Ferner soll die Reichsregierung ermächtigt werden, die Höhe der Abgabe mit Zustimmung des Reichsrats abzuändern. Diese neue Belastung der Mieter, die insbesondere die Lohn- und Gehaltsempfänger trifft, wird eine starke Verunhüfung hervorrufen. Würden wir aber unsere Stellung zu der Vorlage nur vom dem einen Gesichtspunkt abhängig machen, ob die neue Belastung bei dem jetzigen Einkommen der Mieter getragen werden könne, so würden wir der Bedeutung der Wohnungsfrage und den in Neubildung begriffenen Wohnungsfragen nicht gerecht werden.

Die Wohnung und die Mietzinsbildung ist der einzige bedeutende Wirtschaftszweig, für den die Kriegszwangswirtschaft fortentwickelt ist und in der versucht wird, ein neues Mietzinsbildungs- und Wohnrecht zu stabilisieren. Das Reichsmietengesetz beseitigt die Meinherrschaft der Hauseigentümer bei der Festsetzung der Miete. Ohne die Zwangsverrentung und ohne die Wirksamkeit dieses Gesetzes hätten wir heute sicher den tausendfachen Betrag der Friedensmiete zu entrichten. Die Grundrente der Hausbesitzer und die Werte der Hypothekengläubiger wären in gleicher Maße emporgeköchelt.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags hat das vorgelegte Mieterchutzgesetz in erster Lesung fertiggestellt. Dieses Gesetz wird jedem Besitzer einer Wohnung ein gesetzliches Wohnrecht sichern, und die Kündigung der Wohnung wird hiernach nur auf dem Wege einer Klage beim ordentlichen Gericht erfolgen können. Das bedeutet eine völlige Veränderung des Rechtszustandes gegenüber den bisherigen Verhältnissen. Die Entscheidung darüber, ob der Mieter aus seiner Wohnung durch Kündigung entfernt werden kann, wird aus den Händen des interessierten Hausbesizers genommen und einer objektiven Stelle zur Entscheidung unterbreitet.

Das ist der Anfang eines demokratischen Wohnrechts und einer Mietzinsbildung, die eine unrechtmäßige Verrentung der Hauswirte und der Hypothekare verhindern kann. Diese geringen Errundungen werden allerdings von den meisten bürgerlichen Parteien und den materiell interessierten Kreisen mit allem Nachdruck bekämpft, und wenn es nach deren Wunsch geht, so werden diese Einrichtungen nur eine vorübergehende Erscheinung bleiben, und an deren Stelle wird recht bald die freie Wirtschaft treten.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die freie Wirtschaft für alle Mieterkreise eine sehr große Gefahr bedeutet. Der beste Schutz hiergegen ist: 1. Die Erhaltung des alten Wohnbestandes, damit keine Wohnung vorzeitig dem Verfall anheimfällt und damit eine weitere Steigerung des Wohnraummangels eintritt. 2. Durch eine möglichst umfangreiche Wohnungsneubautätigkeit durch die Erfassung aller verfügbaren Wohnraums und Ausnutzung aller Baulichkeiten, die zu Wohnzwecken um- und ausgebaut werden können, eine möglichst hohe Anzahl neuer Wohnungen zu errichten. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, so werden wir uns entschließen müssen, auch die hierfür erforderlichen Mittel aufzubringen.

Würden in diesem Falle die Mieterkreise verlagen, so muß die Nachfrage nach Wohnungen und die Wohnungsnot selbst in einem Umfang steigen, daß die Not alle Dämme der organisierten Wohnungsbeziehung durchbricht und das in Bildung begriffene Wohnrecht mit in den Abgrund reißt. Die Folgen sind leicht zu übersehen.

Die Fortführung der Wohnungsbautätigkeit ist bei den heutigen Baukosten nur möglich, wenn für jede Wohnung ein erheblicher Zuschuß aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt wird, dessen Höhe mit der weiteren Geldentwertung steigt. Der Hauptanteil dieser Kosten aber muß aus der Wohnungswirtschaft selbst genommen werden, und jeder, der volkswirtschaftlich zu denken vermag, zugeben muß. Darüber sind auch die Vertreter der politischen Parteien, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter aller Richtungen und die Vertreter der Mieterorganisationen einer Ansicht. Sie gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß die Wohnungsbautätigkeit und die zu ihr gehörenden Industrien unter keinen Umständen stillgelegt werden dürfen. Die Ausschaltung dieses Wirtschaftszweiges würde den völligen Zusammenbruch unserer gesamten Wirtschaft herbeiführen, den Millionen Wohnungsloser jede Hoffnung

nehmen, jemals wieder ein geeignetes Heim zu bekommen, und eine nicht abzusehende Arbeitslosigkeit heraufbeschwören.

Betrachten wir die neue Abgabe im Lichte dieser Tatsache, so dürfte es kaum einen einsichtigen Politiker oder Wirtschaftler geben, der nicht bereit wäre, den Mietern zu empfehlen, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Es kann eingewandt werden, daß das Reichsmietengesetz und dessen Ausführungsbestimmungen sowie das Mieterchutzgesetz große Mängel aufweisen, und daß das bisherige Baukostenabgabengesetz den Baustoffabrikanten und Baustoffhändlern Riesengewinne ermöglichte. Das ist zuzugeben. Die Hauptschuld daran trägt die heutige Zusammensetzung des Reichstags und die Schwierigkeiten, die heute der Durchführung jeder neuen Einrichtung entgegenstehen. So wichtig es ist, die Bedeutung dieser Vorkommnisse richtig zu erkennen und deren Abhilfe anzustreben, so darf doch nicht verkannt werden, daß es immerhin nur Nebenerscheinungen sind, die unsere Aufmerksamkeit von der Kernfrage nicht ablenken dürfen.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß alles aufzubieten ist, das den wucherischen Gewinnbestrebungen ein Ziel setzt und die Baustoffe verbilligt. Davon muß sogar die Stellung unserer Partei zu dieser Vorlage abhängig gemacht werden. Diese Aktion wird nach zwei Richtungen zu führen sein. Einmal zur sofortigen Verbilligung bestimmter Baustoffe durch Vereinbarungen oder Verordnungen, und zum andern in Maßnahmen mit dem Ziele, die Monopolwirtschaft und Preisringbildung der Kartelle und ähnlicher Organisationen aufzuheben, die Einschränkung der Konkurrenz zu ermöglichen und den Konsumenten ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht zu sichern.

Es bleibt noch zu erwägen, ob die Mieter aus dem bisherigen Einkommen die neuen Lasten werden bestreiten können, insbesondere unter der Berücksichtigung der Notwendigkeiten, die zu einer Ausführung eines Bauprogramms von mindestens 50 000 Wohnungen nötig sind. Hierfür dürfte der angeforderte 15fache Betrag auch dann nicht ausreichen, wenn noch andere Finanzquellen herangezogen werden. Diese außerordentliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger müßte durch eine besondere Erhöhung der Löhne und Gehälter abgeburdet werden. Die Durchführung dieser notwendigen Aufgabe darf nicht allein den Gewerkschaften überlassen bleiben, sondern daran müssen Regierungen, Behörden und Arbeitgeber im eignen Interesse mitwirken.

Das alte Gesetz über Wohnungsbaugabgabe sieht Befreiungen für eine Anzahl schwächerer Schichten vor. Die jetzige Vorlage erweitert diesen Kreis um mehrere Kategorien, z. B. Rentenempfänger der Invaliden- und Angehörtenversicherung, Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene und sonstige Militärentner, Kleinrentner und Personen, die Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- oder Waisenpensionen beziehen. Es ist ernstlich zu prüfen, inwieweit eine noch weitere Befreiung notleidender Schichten möglich ist.

Keine Verhandlungsmöglichkeit.

Die Sozialdemokratie hat erst in den letzten Tagen Gelegenheit genommen, vor dem In- und Ausland festzustellen, daß sie alles tun wird, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches in friedliches Gebiet durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen und alles zu unterlassen gedenkt, was geeignet ist, diese Abwehr zu stören und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen. Scheinbar ist diese entschiedene Stellungnahme der „Deutschen Tageszeitung“ nicht zur Kenntnis gelangt. Sie würde es sonst unterlassen haben, die Pariser Presse in ihrer Auffassung zu stärken, daß schließlich die Sozialdemokratie zu Verhandlungen ohne gewisse Voraussetzungen bereit ist.

Anlaß zu der Unterstützung der französischen Wünsche sieht das Blatt in der eignen Behauptung, daß die Sozialdemokratie sich nicht auf „die entscheidende Formel der Reichsregierung festgelegt hat“. So wenig das Blatt von der Haltung der Sozialdemokratie unterrichtet ist, so wenig kennt es scheinbar die tatsächliche Auffassung der Reichsregierung. Vielmehr erkundigt sich der politische Redakteur, Herr Becker, bald in der Wilhelmstraße nach der „entscheidenden Auffassung“ der Reichsregierung, wie sie Cuno am letzten Sonntag in Essen zum Ausdruck gebracht hat. Die Sozialdemokratie sieht im Augenblick gar keine Möglichkeit, die überhand zu Verhandlungen führen könnte. Der Geist von Paris spricht

vorläufig noch für alles andre, nur nicht für Beratungen von Regierung zu Regierung! Im übrigen hat man doch vor wenigen Monaten von Paris aus ein Kabinett der Diskontfähigkeit gewünscht. Diese Regierung ist jetzt vorhanden, man mag mit ihr verhandeln. Die Sozialdemokratie hat ganz andre Sorgen, als die, sich auf die beidige Uebernahme der Regierungsgeschäfte einzurichten. —

Einzelmeldungen.

Weiterer Vormarsch in Baden.

Frankösisches Kavallerie nahm in den Orten Schutterwald und Regelsdorf Quartier. Schutterwald liegt südwestlich von Offenburg, Regelsdorf nordwestlich von Appenweiler. Es ließ sich noch nicht feststellen, ob diese Besetzung nur vorübergehend oder eine dauernde ist. Mit der Besetzung von Schutterwald und Regelsdorf würden die Franzosen über den bisher besetzten Bezirk hinausgegangen sein.

Beschlagnahme Deputatslohe.

Da die Zechen sich andauernd weigern, den Besatzungstruppen Kohlen zu liefern, haben die Franzosen erklärt, daß sie die Kohlen beschlagnahmen werden, wo immer sie können. Tatsächlich sind bereits mehrere Kohlenablagen und auch Deputatslohe in den Straßen von Essen beschlagnahmt worden. In Witten verfügte die Besatzungsbehörde auf die Vorkstellungen verschiedener Betriebsräte die Freigabe beschlagnahmter Deputatslohe und versprach, daß keine weitere Beschlagnahme erfolgen soll.

Zwischenfälle.

In Essen ist es am Donnerstag vormittag zu Zwischenfällen gekommen. Nach der „Westfälischen Zeitung“ hatten die Franzosen in der Nacht Propagandaplakate anbringen lassen, die die deutsche Bevölkerung abriß. Ein Kommando, das von zwei Offizieren geführt wurde und etwa 20 Mann stark war, ließ durch die Straßen gefandt wurde, um die Plakate festzunehmen, die sich an den Plakaten vergreifen, nahm u. a. auch sechs junge Leute fest, die auf der Wache aufs schwerste mißhandelt worden sind.

Ein weiterer Zwischenfall entstand dadurch, daß ein französischer Offizier durch zwei Soldaten einen Schutzbeamten festnehmen lassen wollte, weil dieser ihn nicht gegrüßt hatte. Als der Beamte sich trotzdem weigerte, mitzukommen, machten die Soldaten schußfertig. Nun eilten deutsche Schutzpolizisten mit schußbereiten Waffen ihrem Kameraden zu Hilfe. Im entscheidenden Moment kam ein höherer französischer Offizier des Weges, der die französischen Soldaten abrief.

Auch in Redlinghausen kam es Donnerstag morgen zu neuen Zwischenfällen. Die Bevölkerung ist sehr erregt, weil sie infolge der Schließung der Läden durch die Franzosen nichts einkaufen kann. Die Franzosen zerstörten die Ansammlungen mit gefälltem Bajonett und nahmen Massenverhaftungen vor.

Verhaftungen und Ausweisungen.

In Essen liegen zahlreiche Meldungen über neue Verhaftungen und Ausweisungen vor. In Redlinghausen wurde ein Regierungsrat beim Polizeipräsidium verhaftet und ausgewiesen, ebenso eine Kommission von fünf Polizeibeamten, die wegen dieser Maßnahmen vorbestraft worden waren. In Düsseldorf wurden zwei Postbeamte verhaftet, die in der Nähe französischer Quartiere Nichtklienten für das Verhalten der Postbeamten verteilten. In Duisburg und Oberhausen wurden die Telegraphendirektoren ausgewiesen. In Witten wurde der Polizeihauptmann von Olgenius wegen der Verweigerung des Grubes verhaftet. In Herbede wurde ein Postsekretär ohne Angabe von Gründen ausgewiesen. Auch in einer Anzahl anderer Orte kamen Ausweisungen und Verhaftungen vor.

Mattaten in Waanne.

Bei der am Donnerstag morgen erfolgten Besetzung des Bahnhofes Waanne haben sich Schreckensszenen abgespielt. Wie jetzt bekannt wird, ist der Zugführer des D-Zugs 27 von einem französischen Soldaten mit einem Kolben auf den Kopf geschlagen worden. Der Zugführer ist gestorben. Die Reisenden eines von Langendreer kommenden Personenzugs wurden von den Franzosen mit gefälltem Bajonett von den Bahnsteigen vertrieben. Viele Reisende mußten ihr Gepäck im Zuge lassen.

Nachdem der Bahnhof Waanne besetzt worden war, richtete Amtmann Waider einen scharfen Protest an den französischen Kommandanten. Er wies unter anderem auf die Erregung der Bevölkerung und ferner darauf hin, daß durch die Besetzung Waannes, eines bedeutenden Knotenpunktes, die Lebensmittelzufuhr gefährdet sei, da die auf dem Bahnhof stehenden großen Lebensmittelmengen dem Verfaulen preisgegeben seien. Der Amtmann ersuchte um sofortige Räumung des Bahnhofes, worauf abends um 6 Uhr der Bahnhof von den Franzosen geräumt wurde.

Vormarsch auf Remscheid?

In der Umgegend von Wermelskirchen sind umfangreiche Truppenverbände in Stärke von etwa 5000 Mann mit Kanon eingetroffen. Remscheid ist bis jetzt noch nicht besetzt.

Man braucht Gefängnisse.

Das Ankommen der französischen Besatzung in Zweibrücken an die deutsche Justizbehörde, das Gefängnis zu räumen, war abgelehnt worden. Der Erste Staatsanwalt erklärte, daß er nur der Gewalt weiche. Daraufhin wurden den deutschen Beamten mit Gewalt die Schlüssel abgenommen, die Zellentüren geöffnet und die Straf- und Untersuchungsgefängnisse in Freiheit gesetzt. Am Hauptportal wurden die Gefangenen aber von Gefängnisbeamten und Gendarmen in Empfang genommen und in Krupps abgeführt. Da das andre Gefängnis der Stadt überfüllt ist, mußten die Strafgefängnisse zunächst in Massenzellen untergebracht werden, von wo aus sie in andere Gefäng-

Die polizeiliche Ermittlungen weiter ergaben, handelt es sich um jene Leute, die bereits seit einigen Wochen im Lande umherziehen, die in Stendal sich verpflegen lassen und dann in Berlin vom Reichswehrministerium Einstellung in die Reichswehr verlangten.

Der Völkerbund verjagt.

Der Pariser Korrespondent der „Stockholms Tidningar“ bracht folgende Aeußerung des Genossen Branting, des schwedischen Ministerpräsidenten, über das Mißgelingen seines Versuchs, den Völkerbundrat mit der Schadenerlaffrage zu befragen:

Ich habe natürlich nach meiner Ankunft in Paris mehrere vertrauliche Gespräche mit meinen Mitskollegen über die Schadenerlaffrage geführt. Ich dachte hierbei an den Beschluß der Völkerbundversammlung, wodurch der Rat ersucht wird, die genannte Aufmerksamkeit allen Bemühungen zu widmen, denen sich die interessierten Regierungen zur Lösung dieses Problems und der Frage der internationalen Schulden unterziehen. Dieser Beschluß erhielt weiter die Feststellung, daß der Völkerbund nur auf Ersuchen der interessierten Regierungen mühselig zu einer Lösung dieser Probleme beitragen kann.

Hieraus geht deutlich hervor, daß die Regierungen eine solche Unterstützung, wenn sie sie wünschen, verlangen können. Diese Unterstützung, die nach meiner Meinung absolut notwendig ist, würde schwerer zu leisten sein, wenn die Frage dem Räte vorzulegen würde, bevor die interessierten Regierungen einen diesbezüglichen Wunsch ausgedrückt hätten. Das ist noch nicht geschehen, obwohl die indirekten Wirkungen des Ausschreitens einer Lösung dieser Fragen ernste wirtschaftliche Rückschläge im ganz Europa sind, besonders mit Bezug auf die Arbeitslosigkeit.

Ich habe mich deshalb für wohlbehalten gehalten, die Aufmerksamkeit meiner Kollegen auf diesen Gegenstand bei einer nächstfolgenden Konferenz zu richten. Die sich hierbei ergebende Auffassung war, daß es gegenwärtig zu früh ist, die Behandlung der Frage weiter zu betreiben.

Unser Stockholmer Parteiblatt sagt folgendes zur Begründung: Branting ließ sich nicht durch Frankreichs Widerstand vom Anschneiden der Fragen abhalten, sondern nur durch die Beobachtung, daß der französische Widerstand mehrere andere Ratmitglieder zu einer abweisenden Haltung gegen jede Aktion im gegenwärtigen Augenblick bedrog. Branting wollte eine Abstimmung im Rat nicht riskieren, da die Stellung mehrerer Mitglieder nicht von ihrem Standpunkt zur Sache selbst, sondern von ihrer Rücksicht auf die Gefühle Frankreichs bestimmt ist. Soweit aber der Völkerbund deshalb Kritiken ausgesetzt sei, sind diese vollkommen berechtigt.

Der Völkerbund ist einstweilen eben weiter nichts als ein Instrument des französischen Imperialismus. Die Zukunftssetzung des Rates ist unter diesem Zeichen erfolgt. Von dort gibt's keine Hilfe für Deutschland.

Die Blockade.

Nachdem die Poincaristen in vier Wochen die militärische Abschirmung vollendet und die Kohlenperre so scharf wie möglich durchgeführt haben, aber trotzdem kein Geld, keine Kohle erhielten, gehen sie dazu über, sämtliche Zufahrtstraßen nach dem Innern Deutschlands in das besetzte Gebiet aus unendlich militärischen Gründen dadurch für den deutschen Verkehr lahmzulegen, daß die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten aus ihren Stellungen mit Gewalt entfernt werden. Der Personenverkehr liegt bereits, bis auf einzelne weniger wichtige Strecken, restlos brach. Der Güterverkehr mußte infolge der neuen französischen Maßnahmen ebenfalls in einem wesentlichen Teil eingeschränkt werden, und jetzt geht Herr Degoutte im Auftrag von Paris dazu über, auch alle übrigen Leerwaggons, die sich im neubesetzten Gebiet befinden, zu beschlagnahmen.

Kommt die fast restlose Einstellung des Güterverkehrs nicht einer Aushungerung gleich? Gewiß, vorläufig bleibt uns die Möglichkeit, Lebensmittel durch Autokolonnen heranzuschaffen. Aber auch hier wird der französische Militarismus bald Mittel und Wege, bald Scheingründe finden, auch diesen Verkehr zu unterbinden, um dann mit französischem Weißbrot und der „Rheinwährung“ trotz der ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten eine hungerrnde Bevölkerung zu locken.

Die Reichsregierung hat allen Anlaß, die Entwicklung mit offenen Augen zu verfolgen. Leere Zufuhren, daß die Lebensmittelversorgung sichergestellt werden soll, helfen der Ruhrbevölkerung nicht.

Die Regierungskrise in Sachsen.

Die Regierungskrise in Sachsen hat noch keine Lösung gefunden. Die Wahl des Ministerpräsidenten, die am Dienstag als einziger Punkt auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags stand, ist ergebnislos verlaufen. Unter großer Heiterkeit im Sitzungssaal und auf den Tribünen präferierte sich der Kommunist Siemert als politisches Kapferle, indem er langatmig von der kommunistischen Arbeiterregierung sprach und zum Schluß als alleinigen Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten den Kommunisten Hötter vorschlug. Dieser erhielt bei der Wahl zehn Stimmen. Die nächste Landtags-

sitzung findet am 13. Februar statt und hat wieder die Wahl des Ministerpräsidenten als einzigen Tagesordnungs-punkt.

Die Bürgerlichen scheinen schon zu bereuen, daß sie den Kommunisten den Gefallen erwiesen, die sozialistische Regierung in den Arm mit diesen zu stürzen. Hatte doch der demokratische Reichstagsabgeordnete Brodau seinen sächsischen Parteifreunden schon vor Jahresfrist gesagt, daß bei der gegenwärtigen Konstellation nur eine sozialistische Regierung möglich ist. Jetzt wollen die Bürgerlichen mit unsern Genossen verhandeln. Unsere Fraktion im Sächsischen Landtag hat aber den Regierungsstützern, Volkspartei und Demokraten, auf die Einladung zu einer Besprechung der Ministerkrise folgende treffende Antwort erteilt:

Auf Ihr Schreiben vom 6. Februar 1923 haben wir Ihnen zu erklären, daß für die sozialdemokratische Fraktion kein Anlaß vorliegt, die von Ihnen angelegten Verhandlungen über die Wahl des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion ist es zunächst Aufgabe der Parteien, die die Ministerkrise verschuldet haben, Vorschläge für die Wahl eines Ministerpräsidenten zu unterbreiten.

Nach der neuern Parole der Kommunisten sollen die Betriebsräte über die Frage der sächsischen Regierungsbildung entscheiden. Die Betriebsräte aber lehnen es ab, sich von den Moskauer Zerstörern zu politischen Schiedsungen mißbrauchen zu lassen. In einer riesig besuchten Versammlung der Betriebsräte in Chemnitz, der „kommunistischen Hochburg“, wurde mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Zu der Forderung der K. P. D., einen sächsischen Betriebsrätekongreß einzuberufen, um zur Frage der Regierungsbildung in Sachsen Stellung zu nehmen, erklären die Betriebsräte, daß sie es ablehnen müssen, sich von einer Partei zu parteipolitischen Zwecken als Vorspann gebrauchen zu lassen. Die Bildung der Regierung ist Sache der politischen Parteien. Die Betriebsrätevollversammlung muß es ablehnen, die von der bürgerlichen Opposition und der kommunistischen Partei gemeinsam verschuldete Regierungskrise lösen zu helfen, da die Aufgaben der Betriebsräte anderer Art als die der politischen Parteien sind.

Diese derbe Absage der Betriebsräte an die Kommunisten wird diese natürlich nicht kurieren, wenn sie auch augenblicklich in Sachsen in großer Verlegenheit sind. Clara Zetkin wurde auf dem kommunistischen Parteitag von der Mitteilung vom Sturze der sächsischen Arbeiterregierung durch Einheitsfront ihrer Parteifreunde mit den Deutschnationalen „angenehm unterbrochen“. Jetzt wird die Unterbrechung der Arbeiterregierung den Kommunisten höchst unangenehm, denn sie dauert zu lange. Gesetzgeberische Arbeiten werden verzögert, und das gerade in einer Zeit politischer Hochspannung und fürchterlicher Not. Diesmal haben sich die Kommunisten im eignen Eifer gefangen, denn die Arbeiterschaft merkt, daß sie die Kosten für diese kommunistisch-kapitalistische Ministerstürzerei zu tragen hat, und sie wird diesen Schädlingen die Quittung dafür ausstellen.

Dollar Amtliche Notiz vom Donnerstag 33 416 **31500 Mark** Freitag mittag zirka

Notizen.

Bürgerliche Phantastien. Die Tagung unserer Parteienschuldes und die Konferenz der Parteiredakteure nehmen gewisse bürgerliche Journalisten, die in der Regel das Gras wachsen hören, zum Anlaß der Verbreitung von Phantastien. So soll z. B. die Entschließung des Parteienschuldes nur, deshalb einstimmig angenommen worden sein, weil die „Opposition“ vor der Abstimmung die Sitzung verließ. Am anderen Morgen sollen schon um 6 Uhr Partei- und Gewerkschaftsführer telegraphisch und telephonisch aus den Betten zu einer dringenden Besprechung gerufen worden sein, — ja, um die Einheit der Partei zu retten. Von all dem ist nicht ein Wort wahr. Von einer Opposition war weder in der Sitzung des Parteienschuldes noch in der Konferenz der Redakteure irgend etwas zu merken. Kritik wurde selbstverständlich hier und da geübt; es wäre schlimm, wenn es anders gewesen wäre. Festgestellt sei deshalb nochmals, daß in allen grundsätzlichen und tatsächlichen Fragen auf beiden Tagungen vollständige Einmütigkeit herrschte.

Uebereifrige Reichsretter. Vor einigen Tagen sind in Gmden an Telegrammen ausländischer Journalisten Streichungen vorgenommen worden. Uebereifrige Telegraphenbeamte fühlten sich berufen, das Deutsche Reich zu schützen. Als Handhabe benutzten sie dazu irgendeinen Paragraphen der Telegraphenverordnung, der ihnen das Recht gibt, Telegramme zu beanstanden, sobald deren Inhalt gegen Wohl und Wehe des Reiches verstößt. Sollte man hierüber die einzelnen Beamten jeweils entscheiden lassen, so ergäbe sich ein Zustand, der einer ganz unerträglichen Bevormundung der Presse und der öffentlichen Meinung gleichkäme. Die Reichsregierung hat zum Glück Anweisung gegeben, daß Brestetelegramme ausländischer Journalisten ungehindert weitergegeben werden.

Die Berliner Säfen verpaßtet. Die Berliner Stadtmordneten-Versammlung nahm die Verpachtung der städtischen Säfen an ein Konjunktum von Speiditeuren und Großkaufleuten gegen die Stimmen der Kommunisten an. Dem Konjunktum werden die Säfen auf fünfzig Jahre gegen eine einmalige Entschädigung von einundhalb Milliarden Mark übergeben. Außerdem hat das Konjunktum die Kosten für die Fertigstellung des Resthafens gleichfalls in Höhe von einundhalb Milliarden Mark zu tragen. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Rohmann, daß die notgedrungenen Säfenverpachtung keine Aufgabe des Kommunalisierungsgedankens bedeutet. Der Bewirtungsbetrieb der Säfen sei die Stadt aber noch nicht gewachsen. Die erforderliche Fertigstellung, Unterhaltung und Heranziehung

eines Trachen Güterverkehrs ist nur durch Verpachtung zu erreichen. Durch ein berechtigtes Experiment kann man dem Sozialisierungsgedanken nicht dienen.

Nationalsozialistischer Schmutz. Der Nationalsozialist Kirchtaler, der ebenso wie der wegen Landesverrats hafte französische Spioneur Kurt Konrad Lübeck in der Reichswehr ein Sturmschwarm ist, wurde in München widerrechtlich in Untersuchung zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah als strafschwerend an, daß Kirchtaler die Lage eines obdachlosen jungen Burzchen schamlos ausgenutzt hat.

Freistatferkung für die Litauer. Die Völkerverbundkonferenz in Paris hat beschlossen, die der litauischen Regierung gestellte Frist, um die Russen aus dem Memelgebiet zurückzuführen und die vorläufige Regierung sowie das Wohlfahrtskomitee, worauf die Interalliierte Kommission die Regierungsgewalt wieder übernehmen sollte, verlängert werden soll. Strenge Maßnahmen werden angedroht, wenn Litauen die Forderung des Ultimatums nicht erfüllt. Nach einer Memeler Meldung, die litauische Regierung die Litauer, die zum Zwecke der Teilnahme an den Ereignissen ins Memelgebiet gegangen sind, juristisch für den Weigerungsfall mit Strafe androht.

Polnisch-russisches Uebereinkommen. Am Mittwoch wurde im polnischen Ministerium des Aeußeren die polnisch-russische Sanktionskonvention unterzeichnet. Es ist die erste zwischen den beiden Staaten auf Grund des Versailler Vertrags abgeschlossene Konvention.

Depeschen.

Sie reichen sich die Kapitalistenhand. In Paris, 9. Februar. In der Kammer wurde die Debatte über den Vertrag mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik fortgesetzt. Abgeordneter Rouquier trat für den im Jahre 1919 von ihm abgeschlossenen Vertrag ein. Die Kammer nahm die grundlegenden Paragrafen an.

Die französische Kritik schmilzt an. In London, 9. Februar. Die Blätter weisen in Telegrammen aus Paris auf die in der öffentlichen Meinung Frankreichs zutage tretende Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen der Ruhrbesetzung hin und machen auf die ernste Wirtschaftslage Frankreichs aufmerksam. Die Aufforderung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Deputiertenkammer, Lehgues, an Poincaré, vor dem Ausschuss über verschiedene Fragen der französischen Außenpolitik zu berichten, und die erneute Weigerung Poincarés, dem Wunsche des Ausschusses stattzugeben, werden viel beachtet. „Daily Herald“ berichtet, Poincaré tue Schritte, um der drohenden Kritik zu begegnen, die sich in der Kammer mit Bezug auf das zugegebene Scheitern der bisher im Ruhrgebiet getroffenen Maßnahmen bemerkbar mache. Es heiße, daß Poincaré den Wunsch habe, sein Ministerium in ein Koalitionsministerium nach Art des 1914 geschaffenen umzustellen. Man glaube, daß Lardieu aufgefordert worden sei, dem geplanten Ministerium als Außenminister beizutreten, während Poincaré Ministerpräsident bleiben wolle.

Kohlenzüge nach Frankreich. In Paris, 9. Februar. „Petit Parisien“ glaubt melden zu können, daß im Laufe des gestrigen Tages drei Kohlenzüge nach Frankreich hätten. Weitere Züge aus dem Ruhrgebiet seien angekündigt. Das Blatt will aber zugeben, daß sein Berichterstatter keineswegs behauptet, daß die Schwierigkeiten sich nicht vermindert haben. Man müsse demnach mit der Anwendung neuer und wichtiger Maßnahmen rechnen.

Er braucht keine Ratschläge. In Paris, 9. Februar. Ministerpräsident Poincaré hat gestern nachmittag dem Vorsitzenden des Kammerausschusses, Lehgues, erklärt, er könne dem Wunsche des Ausschusses, vor ihm zu erscheinen, um über die Lage in Rheinland und im Ruhrgebiet Bericht zu erstatten, nicht Folge geben. Er wolle von niemand Ratschläge in Empfang nehmen. Nach der „Ere nouvelle“ haben Lardieu und eine Anzahl seiner Kollegen sofort nach Kenntniserlangung dieser Weigerung einen Brief an Lehgues geschrieben, er möge eilig den Lardieu zusammenerufen. Der Ausschuss wird heute eine Sitzung abhalten.

Der Kampf um die Eisenbahn. In Paris, 9. Februar. Heute Freitag mittag begibt sich der Minister für öffentliche Arbeiten, Troquet, nach Brüssel, um mit der belgischen Regierung zu verhandeln. Nach dem „Matin“ werden sich an diesen Verhandlungen auch die hauptsächlichsten Sachverständigen der französischen Eisenbahn beteiligen, um den endgültigen Plan der Verwaltung der rheinischen Eisenbahnen zu bestimmen.

Grech wieder aktiv. In London, 9. Februar. „Morning Post“ berichtet, daß Lord Grech die Führung der liberalen Opposition im Oberhaus angenommen hat.

Freigabe der rumänischen Bankdepots. In Bukarest, 9. Februar. Wie die Blätter melden, beschloß die Regierung, die den Ausländern zugehörigen Depots in den rumänischen Banken freizugeben. Der Wert dieser Depots beträgt etwa vier Milliarden Lei. Damit durch die Freigabe dieser beträchtlichen Summe der rumänische Wirtschaft nicht ungünstig beeinflusst wird, soll die Maßnahme nur allmählich durchgeführt werden. Neue Depots werden nicht mehr gesperrt werden.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

- Der Segen kann durch Vergabung von Lesarten der Volkshilfe erreicht werden. Schlüsselheft des Bärenvereins der deutschen Buchhändler z. St. 1400. (Der Verkaufspreis ist gleich Grundpreis x 1400.)
- Zur Abholung liegen bereit: **Wochenzeitung für das deutsche Haus**, Heft 41, 170 Bl., mit Schnittmusterbogen 230 Bl.; **Praktische Damen- und Kindermode**, Heft 51, mit Schnittmusterbogen, 230 Bl.; **Die Glocke**, Nr. 45, 80 Bl.
- Wieder vorrätig:** **Friedrich Gerstäcker: Streife und Jagdzüge durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika; Die Flusspiraten des Mississippi; Unter dem Äquator; Jananisches Sittenbild; Gold, ein kalifornisches Lebensbild.** Jeder Band Grundpreis 250 Bl.
- Kassib und Sin Saaba: Der Ratgeber für den Umgang mit Menschen.** Aus dem Persischen übersezt von Friedrich Rosen. Gute Ausgabe in Satblineband, Grundpreis 350 Bl.
- Neuerscheinungen:** **Es fasser: Das Proletariat und die Befreiung des Ruhrgebiets.** Referat gehalten vor den Funktionären der K. S. D. Bezirksverband Berlin. Ladenpreis 200. 0 Bl.
- Beis: Die Sozialdemokratie gegen Poincaré und Helfferich.** Rede des Genossen Beis zum Reichstagswahl. Ladenpreis 20.00 Bl.
- Verländer: Die Philosophie unserer Klassiker.** (Internationale Bibliothek, Nr. 66). Der Verfasser gibt einen Abriss des Denkens und Fühlens unserer Großen: Lessing, Herder, Schiller und Goethe. Grundpreis 350 Bl.

MAGGI Würze in großen Originalflaschen Nr. 6 besonders vorteilhaft. Man füllt daraus das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat ausser Geldersparnis noch die **Garantie der Echtheit.** Achtung auf unversehrten Pfandverschluss.



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. Februar 1923.

Albert Vater 7.

In Halle ist unser ehemaliger Genosse Albert Vater durch Freitod — Erschießen — aus dem Leben geschieden. Er ist 64 Jahre alt geworden.

Wenn Ihr diesen Brief in Händen habt, bin ich nicht mehr am Leben. Ein tödliches Schicksal hat mich in den Tod getrieben.

Ich habe der hallischen Polizei mit gleicher Post als Ursache zerrüttete Vermögensverhältnisse angegeben. Sollte nun in der gegenwärtigen Presse etwas anderes behauptet werden, so ist es eine Lüge und Ihr werdet — so hoffe ich — die Lüge entgegnen.

Albert Vater hat jahrelang in der Parteibewegung Magdeburgs gewirkt. Gehemmt wurde er darin durch seine Schwerhörigkeit, die ihn, wie fast alle derauf Leidenden, zum Mißtrauen geneigt machte.

Diese Episode war nur kurz, Vater trat der alten Partei wieder bei und tat in ihr seine Pflicht. Sein Rat als nüchtern, kühl rechnender und sachverständiger Geschäftsmann war besonders geschätzt.

Der Krieg führte Vater wieder von der Partei fort. Zunächst in die Reihen der Unabhängigen. Nach der Revolution genötigt ihn auch deren Ziele nicht mehr und er schwenkte zu den Spartakisten und Kommunisten ab.

Ein gemühter, müder Wanderer ohne Weg und Ziel hat er die Waffe gegen sich abgedreht und so die Rufe gefunden, die ihm das Leben und sein Wesen verpagten.

Kommunistische Verblödung.

Die „Tribüne“ muß gegen die Gewerkschaften liegen, dafür wird sie bezahlt. Sie muß lügen, wenn es erforderlich erscheint, muß Tatsachen verschweigen.

Die heutige Konferenz verlangt daher, daß die Regierung Cuno schnellstens energische Maßnahmen ergreift, um diesen Unwitschen der Preisgestaltung entgegenzuwirken.

In der Entscheidung wird scharfste Kritik geübt an der Regierung Cuno. Die „Tribüne“ sieht aber darin eine Art Verzweiflungstun.

Die wilde Elbe.

Wenn der liebe Gott — er kann doch alles — Mühsal auf die Erde käme: du nimmst den Magdeburger die Elbe. Das gäbe das für ein Unglück!

Es bestehen zwischen allen großen und kleinen Magdeburgern und der Elbe viele heimliche und tiefe Verbindungen. Sie tragen alle in ihrem Herzen und ihrer Seele einen Funken von dem Leuchten, das über ihre Wellen huscht.

Wenn sich im Frühjahr die Elbe hebt, an den Strompfeilern der Strombrücke emporschießt, über ihre Ufer steigt und ins weite Wiesenland flutet, dann wandern auch die Menschen zur Elbe. Sie brauchen keine Angst zu haben, denn ihre Stadt ist geschützt.

Bahn der Ordnung verlassen, hat sich frei gemacht und flutet breit und gewaltig durch das Land. Im Notwehrpark plätschern und gurgeln die Wellen über Wiesen und Wege.

Vorgestern hat sich auch die alte Elbe unterhalb der Herrentrugbrücke bemüht, ihr Gebiet zu erweitern. Sie kroch unter dem Herrentrugweg hindurch, nahm erst einen Teil des Kleinen Angers in Beschlag.

Die Elbe zieht als mächtige Herrscherin einher. Im Norden und im Süden von Magdeburg hat sie das Land erobert. Die Welle springt über die Wiesen, durch Busch und Wald.

Langverbot und Berufsrufter.

Vom Deutschen Musikerverband wird uns geschrieben: Die Verordnung vom 24. Januar verbietet sämtliche Langverbotarten. Die Musiker, die ihren Verdienst aus diesen Auftragsarbeiten ziehen, sind nun ohne jede Einschränkung aus der Berufsrufter entfernt.

Die Verordnung ist da, neun Zehntel aller freistehenden Musiker sind vollständig erwerbslos gemacht, das letzte Zehntel folgt sofort, und die Langverbotart besteht nach wie vor, trotz der Verordnung.

Wer einmal den Betrieb in deraartigen Sälen beobachtet hat, weiß genau, daß die dort verkehrenden Besucher Schlämmerei und Wöllerei sich nie leisten können. In diesem Beispiel sieht man, daß die Verordnung nicht die beabsichtigte Wirkung hat.

Die Steuerzahler werden auch nicht erbaudt sein, wenn den arbeitslos gemachten Musikern, Kellnern usw. jetzt Entschädigungen aus Mitteln der Allgemeinheit gezahlt werden müssen.

Wir stützen diese Ausführungen vollständig zu und möchten darauf hinweisen, daß die bürgerliche Reichsregierung Cuno die Urheberin dieses Langverbot ist.

Wir können diesen Ausführungen vollständig zu und möchten darauf hinweisen, daß die bürgerliche Reichsregierung Cuno die Urheberin dieses Langverbot ist.

— Falsche Sparsamkeit. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, wie wichtig die Bekleidungsmaßnahmen des Magistrats bezüglich der geforderten Mittel sind.

Die Minister des Innern und der Finanzen haben sich veranlaßt gesehen, ab 1. Februar 1923 folgende Gehälter festzusetzen: Für Einbürgerungsanträge 120 000 M.

— Gebührenerhöhung in Staatsangehörigkeitsachen. Die Minister des Innern und der Finanzen haben sich veranlaßt gesehen, ab 1. Februar 1923 folgende Gehälter festzusetzen: Für Einbürgerungsanträge 120 000 M.

Die Tätigkeit des Wohnungsamts im Januar 1923. Am 31. Januar waren 4628 Personen in der Rille der dringenden Wohnungsuchenden vorgeernt.

Verlängerung der Demobilisationsverordnung. Der Reichswirtschaftsrat beschloß in seiner Vollversammlung am Mittwoch, die Verlängerung der Demobilisationsverordnung...

Neue Tarifverordnungen bei der Bahn. Die Eisenbahn steht sich gezwungen, infolge der weiteren Wertminderung der letzten Wochen ihre Tarife beträchtlich zu erhöhen.

Magdeburger Volkshöhe. Museumsdirektor Professor Bothe verläßt in Kürze unsere Stadt, die ihm so unendlich viel Anregung und Förderung in Kunstfragen verdankt.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer hält ihre Versammlung am Sonntag den 10. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Fortbildungsschule.

Dachstuhlbrand. Am Freitag vormittags 7.42 Uhr wurde die Feuerwehr durch den Feuermelder Feldstraße 14 zu einem Dachstuhlbrand im Hause Gnadener Straße 4 alarmiert.

Stohlen wurden aus dem Lagerraum einer Werkstatt in Salzb. Windfanghäuser, Waffer- und Schwenkähne aus Holz und Messing...

Heimloser Bekleidungsgegenstände. In der Viktorienstraße, die ihrer Verpflegung wegen Schließung entgegensteht.

Eine Unbekannte. Noch nicht festgestellt ist die Persönlichkeit eines Anfang der zwanziger Jahre alten Mädchens, das in der Nacht zum 27. v. M. gegen 1 1/2 Uhr von der Strombrücke aus in selbsterlöschender Absicht in die Elbe gesprungen ist.

Vermisst werden: Hausmädchen Ernesta Kurzol, 20 Jahre alt, Bahnhofsstraße 7 in Stellung gewesen; es ist untersteht und blaß.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg. Große Probe zum Jahrsfest: Sonntag 9 bis 12 Uhr auf dem Sanga. Wir treffen uns um 8 Uhr auf dem Alten Markt.

Theater, Konzerte, Vorträge z. Stadttheater. Stadt-Theater Sonntag 3. Abend. König Richard 3. Sonntag (außer Anrede): Domhäuser.

Nachrichten aus der Provinz.

Parteinachrichten.

Diesdorf. U. S. P. D. Die zu heute Freitag abend angeordnete Sitzung findet nicht bei G. F. sondern bei G. F. statt.

Kreis Wangleben.

Groß-Otterleben. Die öffentliche Versammlung für die zu heute (Freitag) abend im Ort eingeladen ist, wird nicht von unserer Partei veranstaltet.

Siegersleben. Für die Ortsarmen. Am Sonntag abend veranstaltete die Ortsgruppe der U. S. P. D. einen Wohltätigkeitsabend zum Besten der Ortsarmen. Ueber 36000 Mark Einnahme brachte diese wohltätige Veranstaltung.

Süderweddingen. Wohltätigkeitsabend. Am Sonntag abend 8 Uhr findet im Südermannschen Saale der zweite Wohltätigkeitsabend für die Ortsarmen statt.

Wesleben. Eine Versammlung der U. S. P. D. findet am Sonntag abend 7 Uhr im Lokal von Schröder statt. Genosse F. E. I. spricht über Ruhrbekämpfung und Partei.

Kreis Jerichow I.

Burg. Die Vorstände der Gewerkschaften nahmen zu der Besetzung des Ruhrbezirks und der Ruhrhilfe Stellung. Nach eingehender Darstellung der Verhältnisse, die zur Besetzung geführt haben und nach einem Hinweis auf die Aufforderung der zentralen Arbeitsgemeinschaft...

Schermern. Der Parteiverein hält am Sonntag abend 7 1/2 Uhr in der Wohnung des Genossen Gustav Wachsenholz eine wichtige Mitgliederversammlung ab.

Kreis Wolmirstedt.

Barleben. Gemeindevertreter-Sitzung. Am 1. Febr. wurden an Zuschüssen für 1912 folgende: Grundsteuer 54000 Prozent, Gewerbesteuer Klasse I 13500 Prozent, Klasse II 13000 Prozent, Klasse III 12000 Prozent, Klasse IV 1050 Prozent, Betriebssteuer 150 Prozent, Grundsteuer 900 Prozent.

Jahre in der Lage sein, für solchen Preis oder zu bestellen. Wir machen schon heute auf die Folgen aufmerksam, die sich daraus ergeben müssen.

Olvenstedt. Die Mitglieder des Konsumvereins hatten sich im Gasthof von Witt zu einer Versammlung eingefunden. Sie war sehr zahlreich von Frauen besucht.

Unterbezirk Raabe-Aschersleben-Quedlinburg.

Der Bezirksparteitag findet voraussichtlich im Mai oder Juni statt. Um die erforderlichen Vorarbeiten erledigen zu können, rufen daher die Unterbezirksvorstände die satzungsgemäßen Unterbezirkskonferenzen ein, und zwar:

für den Kreis Raabe am Sonntag den 4. März, 9 Uhr vormittags, in Schönebeck. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1. Bericht des Sekretärs.
2. Bericht der Pressekommission.
3. Die politische Lage.
4. Die kommenden Wahlen.
5. Wahl des Unterbezirksvorstandes und der Pressekommission.
6. Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten.
7. Ausbau oder Auflösung der Unterstützungsvereinigung.

Die Zahl der Delegierten bestimmt § 6 des Bezirksstatuts, wonach auf 200 Mitglieder ein Delegierter kommt, auf je weitere 200 Mitglieder ein Delegierter mehr; Restzahlen über 100 zählen voll. Parteimitglieder sind als Gäste willkommen.

Die Unterbezirksvorstände. Der Sekretär: Edwin Adam.

Kleine Chronik.

Das Erdbeben im Stillen Ozean. Erst jetzt treffen Nachrichten über das Erdbeben ein, das, wie berichtet, am Sonntag im südlichen Stillen Ozean stattgefunden hat.

Bereine und Versammlungen.

Lagung der Konsumvereins-Lagerhalter.

Am Sonntag den 18. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, findet in Magdeburg, Pfaffenberg 9 (Lokal Oscar Kleine), eine Bezirksversammlung der Lagerhalter statt.

Bereins-Kalender.

Was war gegen Besonderezahlung die Zahl 168.000 Mark aufgenommen. Deren der Kalender für den Jahresabschluss. Dienstag den 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Rosa-Wald“.

Wettervorherjage.

Sonntag den 18. Februar. Stark trübes Wetter mit Niederschlägen, Temperatur nahe Null.

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Stand, Differenz. Includes locations like Varbuth, Brandeis, Weitzel, etc.

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse. (Amtliche Notierungen vom 8. Februar.)

Table with columns: Produkte, 50 Kilogramm, 50 Hektoliter. Lists various goods like Weizen, Roggen, etc.

Volksport.

Fußball am Sonntag.

Table with columns: Davender Verein, Gegner, Spielort, Spielzeit. Lists football matches.

Sportvereinigung Eintracht I gegen B. f. S. I (1:1 - 0:1). Eden 7:3. Das Spiel wurde in möglichem Tempo durchgeführt, was wohl auf die schlechten Boden- und Witterungsverhältnisse zurückzuführen ist.

Weißhof I gegen Wasser Köpflin I (5:3 - 0:2). Eden 10:5. Mit drei Mann gegen zwei Weißhof in Köpflin bei Wasser zu Gast. Weißhof überließ einen guten Eindruck. Sein Spiel war verdient.

Wasser Köpflin I gegen Burgund Halberstadt I (Beitrag meiter) 4:2. Burgund I spielte am Sonntag in Neubalderleben und trat im Gesellschaftsspiel wieder I gegenüber.

Weißhof I Magdeburg gegen B. f. S. I. Am Sonntag haben sich auf dem Weißhof-Sportplatz Gedding nachmittags 3 Uhr genannte Mannschaften gegenüber.

Neubalderleben I gegen Sportfreunde I. Am Sonntag haben sich beide Mannschaften im Gesellschaftsspiel gegenüber.

Wasser Köpflin I gegen Sportfreunde I. Die nächste Tagung ist am Montag abend 7 Uhr im Grante-Sportplatz.

Schneeschuhport. Einen Ski-Exkursionskurs richtet demnächst an einem Sonntag und Montag die Deutsche Hochschule für Leibesübungen in Magdeburg ein.

Spezialitätenabend der Athleten.

Sonntag den 11. Februar veranstaltet die Athletik-Sportvereinigung Groß-Magdeburg in Bremer's Rouger- und Wallhaus (großer Saal) einen Spezialitätenabend.

So hat ein jeder seinen Nummer...

Am 2. Februar. Demnach von Berner Peter Sarzen. (2. Fortsetzung.) ... "Was für ein tolle!" ... "Ach, Chilenen." ... "Nur so. Wir werden jedenfalls sehen. Ich will noch manchen erfinden."

... "Was für ein tolle!" ... "Ach, Chilenen." ... "Nur so. Wir werden jedenfalls sehen. Ich will noch manchen erfinden." ... "Seiner Gattin jedoch, die diesem Plane mehr in die Tiefe nachging, kamen bei näherer Betrachtung ethische Bedenken."

... "Was für ein tolle!" ... "Ach, Chilenen." ... "Nur so. Wir werden jedenfalls sehen. Ich will noch manchen erfinden." ... "Seiner Gattin jedoch, die diesem Plane mehr in die Tiefe nachging, kamen bei näherer Betrachtung ethische Bedenken."